

Stadtratssitzung vom 12. Juni 2025

Postulat P 01/2025

Postulat betreffend Veloverkehr am Aarequai

Barbara Lehmann Rickli (FDP), Fraktion FDP/Die Mitte, Fraktion GLP/EVP/EDU, Peter Aegerter (SVP), Mathias Berger (SVP), Thomas Bieri (SVP), Alex Reymondin (SVP), Matthias Zellweger (Parteilos) vom 17. Januar 2025; Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen,

1. welche innovativen Massnahmen ein konfliktfreies Nebeneinander von Fussgängern und Fussgängerinnen und Fahrradfahrern und -fahrerinnen am Aarequai möglich machen,
2. ob das Erarbeiten solcher Massnahmen ohne externe Unterstützung möglich ist, und wenn nicht, weshalb,
3. ob eine zeitliche Befristung der Nutzung des Aarequais durch Radfahrer und -fahrerinnen möglich ist, z. B. ein Verbot von Samstagmittag bis Sonntagabend und an allen Feiertagen,
4. ob eine vermehrte polizeiliche Kontrolle zur Einhaltung der Verkehrsregeln machbar ist,
5. ob getrennte Bereiche je für die Radfahrer und -fahrerinnen und für die Fussgänger und Fussgängerinnen machbar sind,
6. ob ein Fahrverbot zwischen dem Hotel/Restaurant Krone und der Sinnebrücke, allenfalls sogar dem Göttibachsteg, machbar ist.

Begründung

An schönen Tagen, und dies beinahe zu jeder Jahreszeit, vorwiegend aber im Sommer, lädt der Aarequai zum Flanieren ein. Ältere Leute machen ihr tägliches Bewegungstraining, Familien spazieren, teilweise mit Kinderwagen, und lernen ihren Kleinsten den Umgang mit einem Kinderfahrrad.

Trotz der bereits vor einiger Zeit ergangenen Kampagne «luege, lose, lächle», berichten immer wieder Personen, vor allem ältere, aber auch Familien, dass sie nicht mehr gerne am Aarequai spazieren gehen. Sie fürchten sich vor Radfahrern und -fahrerinnen, die sich zu schnell und ohne genügend Vorsicht, bis rücksichtslos, auf dem Aarequai bewegen. Auch fühlen sie sich oft belästigt. Die Kampagne hat wohl eher bewirkt, dass «lächle» mit «Zähne zeigen» verwechselt wird.

Auch die Verbreiterung der Hofstettenstrasse vor gut zehn Jahren, zur Verbesserung der Sicherheit der Radfahrer und -fahrerinnen, schafft keine Abhilfe. Die Hofstettenstrasse wird von diesen kaum benützt.

Neben der Sicherheit von Radfahrern und -fahrerinnen, gilt es auch an die Sicherheit und das Wohlbefinden von Fussgängern und Fussgängerinnen zu denken. Auch sie sind ein Teil des Langsamverkehrs. Ein Nebeneinander, bei dem alle Verkehrsteilnehmer wohl sind, muss doch möglich sein.

Stellungnahme des Gemeinderates

Der Aarequai ist eine Uferpromenade und führt vom Mühleplatz bis zur Ländte Hünibach in der Gemeinde Hilterfingen. Der Weg ist rund zwei Kilometer lang. Er ist auf seiner Länge unterschiedlich ausgebaut und gestaltet. Die Breite verändert sich mehrmals. Teilweise sind in der Mitte des Weges Bäume oder Sitzbänke vorhanden. Die Sitzbänke sind mehrfach auch am Rand angeordnet. Abschnittsweise begrenzen rückwärtige Mauern und Hausfassaden den Quai.

Die Nutzungen des Quais sind vielfältig. Im stadtnahen Bereich ist viel Gastronomie mit Aussenbestuhlungen vorhanden. In Richtung See wandelt sich die Nutzung zu Erholungs- und Flaniernutzungen oder auch als Verbindungsweg zwischen Stadtzentrum und Wohnquartieren. Der Aarequai ist als Fussweg mit dem Zusatzsignal «Velo gestattet» signalisiert.

Aufgrund der regen Nutzung durch die Bevölkerung und die Gäste hat sich über mehrere Jahre hinweg gezeigt, dass Nutzungskonflikte zwischen Fussgängerinnen bzw. Fussgängern und Velofahrenden vorhanden sind. Um diese Konflikte auf niederschwellige Weise zu entschärfen, hat das Tiefbauamt im Laufe der Jahre Sensibilisierungskampagnen zur Koexistenz durchgeführt (z. B. Bike&Walk, 2019). Diese Kampagnen haben sich jedoch langfristig als nicht nachhaltig herausgestellt. So hat der technologische Wandel mit schnellen E-Bikes zur erneuten Konflikthäufung beigetragen.

Auf der ganzen Länge handelt es sich um einen Wanderweg und die Strecke ist im Gesamtverkehrskonzept 2035 der Stadt Thun als Teil des Basisnetzes Fussweg definiert. Zudem bildet der Aarequai eine «städtische Ergänzungsrouten» für den Veloverkehr.

Der Aarequai befindet sich im ISOS-Perimeter Thun und damit in einem denkmalpflegerisch anspruchsvollen Umfeld. Die Geländer und die Kandelaber sind in einem schlechten Zustand. Da sie nicht mehr normkonform sind, müssen sie ersetzt oder totalrevidiert werden.

Im Umfeld des Aarequais stehen zudem mit der Panoramabrücke und der Kettenfähre zwei grössere Projekte zur Realisierung an. Die beiden Projekte schliessen Netzlücken und bieten damit auch die Chance, den Fuss- und Veloverkehr auf andere Routen zu verlagern. Sie können aber auch punktuell den Nutzungsdruck auf dem Aarequai erhöhen und damit zu neuen bzw. weiteren Konflikten führen.

In den letzten zehn Jahren sind diverse politische Vorstösse zum Aarequai (Velofahrende/Fussgänger/-innen, Buvette, klimaangepasste Gestaltung, Ein- und Ausstiege, Geländer, Verbreiterung, Velosteg) eingegangen. Mit diesen wurden unterschiedliche, teils divergierende Anliegen zur Diskussion gestellt.

Auf Grund des vorhandenen Sanierungsbedarfs, der vielfältigen Anforderungen und des anspruchsvollen Umfelds soll der Aarequai gesamtheitlich betrachtet werden. Das Tiefbauamt wird dazu noch im Jahr 2025 eine Vorstudie in Auftrag geben. Damit sollen Lösungsstrategien für die vielfältigen Herausforderungen aufgezeigt werden. Zudem sollen im Hinblick auf die Panoramabrücke und die Kettenfähre bereits vorausschauend Betriebszustände definiert werden.

Daraus werden Massnahmen mit kurz-, mittel und langfristiger Umsetzung resultieren. Im Idealfall könnten so ab 2026 erste kleinere Massnahmen ergriffen werden. Die Erarbeitung der



Lösungsstrategien wird aufzeigen, ob allenfalls auch Versuchsanordnungen zielführend sein könnten. Mit diesen könnten gerade im Bereich der Koexistenz von Fuss- und Veloverkehr wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden.

Die von den Postulantinnen und Postulanten eingebrachten Punkte sollen ebenfalls im Rahmen der Vorstudie geprüft und abgeklärt werden.

Wie üblich bei solchen Projekten müssen die Arbeiten zur Vorstudie und später auch zur Umsetzung durch externe Planungsbüros erbracht werden. Das Tiefbauamt verfügt weder über die materiellen (technischen) noch die personellen Ressourcen zur eigenen Projektierung und will zudem nicht die privaten Unternehmungen konkurrieren.

Antrag

Annahme.

Thun, 7. Mai 2025

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Die Vizestadtpräsidentin
Katharina Ali-Oesch

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller